

## Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller\*in: KV Münster  
Beschlussdatum: 03.10.2020

### Änderungsantrag zu GSP.W-01

**Von Zeile 235 bis 236 einfügen:**

sollte es zulässig sein, dass die Notenbank in schweren Krisen die Liquidität der Staaten garantiert.

Die Zinsunterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten sind wettbewerbsverzerrend. Hohe Zinsen hindern Staaten, die in eine Krise geraten sind, aus dieser heraus zu kommen. Um Staatsanleihen aller Mitgliedsstaaten zu sicheren Anlagen zu machen und die Zinsunterschiede gering zu halten, muss es der EZB, so wie es bei praktisch allen Notenbanken der Welt ist, erlaubt sein, die Rolle des Kreditgebers der letzten Instanz („Lender of Last Resort“) einzunehmen.

### Begründung

Überall auf der Welt garantieren Notenbanken die Zahlungsfähigkeit des Staates, sodass ein Staat nur dann bankrott gehen kann, wenn er sich in Fremdwährung verschuldet. Staatsschulden sind ein Mittel der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Das bleibt auch dann richtig, wenn uns Angela Merkel oder Friedrich Merz unter Hinweis auf die „schwäbische Hausfrau“ das Gegenteil erzählen wollen.

Das durch die Regeln der Europäischen Währungsunion umgesetzte Konzept, hohe Zinsen auf Staatsanleihen als Druckmittel gegen Staaten einzusetzen („Disziplinierung durch die Märkte“), ist wirtschaftsschädlich, unfair, unsozial und undemokratisch.

Es ist wirtschaftsschädlich, weil es missachtet, dass gerade Staaten, die in einer schwierigen Wirtschaftslage sind, Geld ausgeben müssen.

Es ist unsozial, weil diese Staaten durch hohe Zinsen unter Druck gesetzt werden, wirtschaftsschädliche und unsoziale Austeritätsprogramme durchzusetzen, also zu sparen.

Es ist unfair, weil die von Mitgliedsstaat zu Mitgliedsstaat unterschiedlich hohen Zinsen wettbewerbsverzerrend wirken und es gerade den schwachen Mitgliedsstaaten (z.B. Italien, Spanien, Frankreich) schwer machen, aufzuholen.

Es ist undemokratisch, weil letztlich nicht mehr die demokratisch gewählten Parlamente entscheiden, welche Wirtschafts- und Finanzpolitik praktiziert wird, sondern die „Märkte“. In fast allen Ländern der Welt hat die Notenbank die Funktion, in letzter Instanz die Zahlungsfähigkeit des Staates zu garantieren. Dadurch wird bewirkt, dass Staatsanleihen sehr sichere Geldanlagen und deshalb niedrig verzinst sind. Das ist den Anhängern der neoliberalen Sichtweise, die den Staat finanziell kurz halten wollen, ein Dorn im Auge. Deshalb haben sie in der Eurozone durchgesetzt, dass die EZB die Funktion des Kreditgebers der letzten Instanz nicht ausüben darf, wodurch vor allem in den Ländern, die Staatsanleihen am nötigsten haben, die Zinsen erhöht werden.